



Landesverteidigungsakademie  
Wien

## TÜRKEI: HOFFNUNG AUF LÖSUNG DES KURDENKONFLIKTES

*Marius Calligaris*

Am 8. Mai 2013 hat möglicherweise eine entscheidende Weichenstellung im fast 30 Jahre andauernden und ca. 40 000 Tote fordernden Konflikt zwischen der Türkei und der kurdischen Arbeitspartei PKK (Partiya Karkeren Kurdistan) stattgefunden. Die Terroristenorganisation hat mit dem Abzug ihrer Kämpfer aus der Türkei begonnen, nachdem sie am 21. März die Einstellung des bewaffneten Kampfes gegen den türkischen Staat verkündet hatte.

### Die Terrortätigkeit der PKK

Die PKK wurde 1978 von Abdullah Öcalan gegründet. Der bewaffnete Aufstand mit von Syrien aus organisierten Angriffen auf Polizisten und Militäreinrichtungen begann am 15. August 1984. In der Folge weiteten sich die Aktionen auf Zivilisten und die zur Bekämpfung des Terrors eingesetzten Dorfschützer, einem paramilitärischen Verband, aus. In den folgenden Jahren eskalierte die Gewalt. Nach der Verhaftung Öcalans 1999 musste die PKK ihre Operationsbasis in den Nordirak verlegen. Die Terrortätigkeit flaute bis 2003 merkbar ab.

### Fortschritte in der Kurdenfrage unter der AKP-Regierung

Die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei) hatte nach ihrem Regierungsantritt 2002 die innen- und außenpolitische Notwendigkeit erkannt, das Problem der – über 15% der Gesamtbevölkerung ausmachenden – Kurden einer Lösung zuzuführen, sowie

auch die Tatsache, dass der Kampf gegen die PKK mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen ist. Politische, wirtschaftliche sowie soziale Maßnahmen seien erforderlich, um die kurdische Bevölkerung auf die Seite der Regierung zu ziehen und dem Terrorismus das Wasser abzugraben. Zur Erweiterung der Minderheitenrechte wurden schrittweise verschiedene Maßnahmen gesetzt. TV-Sendungen in kurdischer Sprache wurden eingeführt, legalisiert wurde auch der Kurdischunterricht in Privatschulen sowie zuletzt auch der Gebrauch des Kurdischen in Wahlkampagnen und vor Gericht. Die Maßnahmen stießen auf erheblichen Widerstand in der Bürokratie.

Ein signifikantes Ereignis war die Rede von Ministerpräsident Erdogan 2005 in Diyarbakir, dem Hauptort der kurdischen Gebiete. Er gab als erster türkischer Regierungschef zu, dass es ein Kurdenproblem gebe und der Staat Fehler in der Kurdenpolitik gemacht habe. Seine Betonung des Rechtes der Kurden auf eine eigene Identität und Kultur stellte eine politische Sensation dar.

IFK Monitor  
Mai 2013

## **Wiederbeginn des Terrors**

Nach dem Sturz des Regimes Saddam Hussein 2003, der die PKK im Nordirak unter relativ strenger Kontrolle gehalten hatte, erfuhr die PKK-Tätigkeit eine deutliche Wiederbelebung. Die Kämpfe nahmen an Härte deutlich zu. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien 2011 bekamen offenbar radikalere Kräfte in der PKK die Oberhand und es kam zu einer weiteren Intensivierung der Aktionen der Terrororganisation, die nunmehr auch in Nordsyrien wiederum über Rückzugsräume verfügte.

Wenig Kooperation mit Ankara im Kampf gegen die PKK zeigte in den letzten Jahren das im Nordirak etablierte Kurdish Regional Government, das zwar gute Kontakte mit der Türkei – vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet – unterhält, jedoch keine klare Distanzierung vom Terror vornahm und vor allem an der Stärkung der eigenen Position interessiert ist.

## **Einleitung einer positiven Entwicklung und Durchbruch im März 2013**

Trotz der PKK-Aktionen begannen 2011 in Oslo Geheimgespräche mit der PKK zwecks Beendigung des bewaffneten Konfliktes. Diese wurden jedoch durch (gezielte?) Indiskretion bekannt und daraufhin abgebrochen. Die Gewalt nahm danach dramatisch zu, die Verluste auf beiden Seiten stiegen.

Im Herbst 2012 traten etwa 1700 kurdische Häftlinge, unter ihnen mehrere gewählte Bürgermeister, in einen Hungerstreik und es bestand die Gefahr von Todesopfern, was vermutlich im Kurdenkonflikt schwerwiegende Folgen gehabt hätte. Über Aufruf Öcalans, der seit 1999 auf der IZMIR vorgelagerten Insel İmralı inhaftiert ist, wurde dieser Hungerstreik beendet, wobei die Gründe für diesen Appell nicht ersichtlich waren. Möglicherweise war Öcalan zu der Erkenntnis gekommen, dass eine weitere Eskalation der Sache der Kurden abträglich

sein würde. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wurde der Regierung in Ankara klar, dass dieser trotz 14jähriger Haft unbestrittener Führer der PKK ist und kein Weg zum Frieden an ihm vorbeiführt. Gespräche des Leiters des türkischen Geheimdienstes mit Öcalan begannen. Damit war der Staatsfeind Nr.1 erstmals als Verhandlungspartner anerkannt.

Im Jänner 2013 besuchte mit Genehmigung der Regierung eine dreiköpfige Delegation der im Parlament vertretenen Kurdenpartei BDP (Barış ve Demokrasi Partisi, Partei für Frieden und Demokratie) – die sich übrigens trotz Aufruf der Regierung nie vom PKK-Terror eindeutig distanziert hatte – Öcalan in seiner Haft. Weiterer Besuche folgten. Öcalan arbeitete einen Friedensplan aus, zusammen mit der Begründung für seine Entscheidung, den Kampf zu beenden. Nach Abstimmung mit der PKK-Spitze im Nordirak und den PKK-Vertretern in Europa wurde am 21. März beim kurdischen Neujahrsfest Newruz in Diyarbakir vor mehr als 10 000 Menschen eine Botschaft Öcalans in kurdischer und türkischer Sprache verlesen. Darin hieß es, der Zeitpunkt sei gekommen, vom militärischen Widerstand zu einem demokratischen Kampf überzugehen und die bewaffneten Einheiten über die Grenze in den Nordirak zurückzuziehen. Im Gegenzug forderte Öcalan, ohne näher zu präzisieren, die Erweiterung der Rechte der Kurden in der Türkei. Nach Verlesung des Aufrufes verkündete die PKK die Einstellung der Kampftätigkeit.

Im Vorfeld sowie zur Unterstützung des in Gange gekommenen Prozesses hatten beide Seiten Gesten des guten Willens gesetzt: Ankara ließ eine Reihe inhaftierter Kurden frei, die PKK ihrerseits acht in den Nordirak verschleppte Regierungsbeamte und Soldaten.

## **Beginn des Abzuges**

Der Abzug der etwa 2000 sich in der Türkei befindlichen PKK-Kämpfer hat, wie eingangs festgehalten, am 8. Mai begonnen, soll in

kleinen Gruppen erfolgen und drei bis vier Monate dauern. Es wurde angekündigt, dass der Rückzug sofort gestoppt werde, sollte die türkische Armee die Einheiten angreifen. Erdogan hat mehrfach freies Geleit zugesagt, Zwischenfälle sind bisher nicht bekanntgeworden. Der Abzug erfolgt, entgegen der ursprünglichen Forderung Erdogans, unter Mitnahme der Waffen. Deren Niederlegung soll laut PKK erst erfolgen, wenn Ankara die kurdischen Forderungen erfüllt hat. Von Regierungsseite nicht entsprochen wurde dem PKK-Wunsch, den freien Abzug durch einen Parlamentsbeschluss abzusegnen, da dies der PKK eine Art Legitimität zuerkannt hätte.

### **Notwendige Reformen in der Türkei**

Es ist bisher nicht klar, ob bzw. welche konkreten Forderungen Öcalan an die türkische Regierung gerichtet und ob bzw. welche Zusagen diese gemacht hat. Die PKK-Wünsche dürften sich auf Anerkennung der kurdischen Identität, mehr Rechte betreffend den Gebrauch der Sprache, Unterricht in derselben, Absenkung der 10%-Hürde bei Wahlen, Auflösung der Dorfschützer sowie lokale Selbstverwaltung beziehen (die Forderung nach einem eigenen Staat wurde seitens der PKK schon vor einigen Jahren fallengelassen). Zur Frage einer Autonomie für die Kurdengebiete ist festzuhalten, dass diese in der zentralistisch organisierten Türkei wohl kaum machbar ist, da dies einen zu großen Paradigmenwechsel darstellen würde. Ankara könnte aber zu einer Änderung des administrativen Systems bereit sein.

Die Anerkennung einer kurdischen Identität müsste im Rahmen der geplanten neuen Verfassung geschehen. Geändert werden müsste insbesondere der Artikel, wonach alle Angehörigen des Landes Türken sind und es nur ein einziges Staatsvolk und eine einzige Staatssprache gibt. Beratungen über die neue Verfassung laufen, kommen angesichts des Widerstandes der Oppositionsparteien aber kaum voran. Erdogan hat für seinen

Entwurf keine ausreichende Mehrheit. Manche Beobachter meinen, dass der Ministerpräsident die Hoffnung hegt, dass durch den Versöhnungsprozess mit den Kurden die BDP für den Vorschlag der Regierung stimmen könnte. Die neue Verfassung soll auch die Etablierung eines Präsidialsystems festschreiben. Erdogan strebt das Amt des Staatsoberhauptes an, auch aus diesem Grund wäre eine Unterstützung seitens der BDP notwendig.

Erforderlich wird auch eine Modifizierung des Anti-Terror-Gesetzes sein, welches den Terrorismusbegriff sehr weit definiert und auch unbewaffnete Sympathisanten mit der PKK als Terroristen einstuft. Dies sollte zur Freilassung vieler inhaftierter Personen führen. In der Sprachenfrage müssten die Gesetzesänderungen die Einführung von Kurdisch als Amtssprache im Südosten und muttersprachlichen Unterricht auch an öffentlichen Schulen in den Kurdengebieten umfassen.

Zur Umsetzung der Reformen wurde eine parlamentarische Kommission gebildet, die aber von den beiden großen Oppositionsparteien boykottiert wird. Schon im Vorfeld der sich anbahnenden Entwicklung wurde auch ein „Weisenrat“ von 63 Intellektuellen, Journalisten und Künstlern etc. eingesetzt, der in den Provinzen die Bevölkerung informieren und um Unterstützung des Prozesses im Hinblick auf die kommenden Gesetzesänderungen werben soll.

Die Bevölkerung ist gespalten. Befürworter des Prozesses sehen eine echte Chance auf ein Ende des Terrors, weite Kreise befürchten jedoch zu weitreichende Zugeständnisse an die Kurden. Die Meinungsumfragen seitens der Regierung ergeben größtenteils Zustimmung, jene seitens der Opposition dagegen Ablehnung. Die Militärs sind in ihrer Reaktion zurückhaltend bis kühl. Der Regierung kommt klar zugute, dass die politische Rolle der Streitkräfte seit längerem

Amtliche Publikation der  
Republik Österreich  
Bundesminister für  
Landesverteidigung und  
Sport

Medieninhaber, Heraus-  
geber und Hersteller:  
Republik Österreich/  
Bundesminister für  
Landesverteidigung und  
Sport, BMLVS,  
Roßauer Lände 1,  
1090 Wien

Redaktion:  
BMLVS, Landesvertei-  
digungsakademie Wien,  
Institut für Friedenssi-  
cherung und Konflikt-  
management  
Stiftgasse 2a, 1070 Wien  
+43 (0) 50201 10 28700  
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteur:  
Marius Calligaris

Erscheinungsjahr:  
2013

Druck:  
HDdruckZ-ASSt Stift  
xxxx/13

stark eingeschränkt ist. Hinsichtlich der Person Öcalans erscheint seine eventuelle Begnadigung angesichts der zu erwartenden Reaktion in der öffentlichen Meinung auf längere Zeit nicht machbar.

### **Wertung und Ausblick**

Sowohl die türkische Regierung als auch die PKK waren in den letzten Monaten bestrebt, eine gemeinsame Basis für eine Regelung des fast 30 Jahre andauernden Kurdenkonfliktes zu finden und ließen sich auch von Versuchen, den Prozess zum Scheitern zu bringen, nicht beirren. Die Chance für eine nachhaltige Aussöhnung ist so groß wie noch nie. Der Rückzug der PKK-Terroristen ist hierbei eine entscheidende Wegmarke.

Die Tatsache, dass die Verhandlungen in den letzten Monaten in Gang kamen, ist im Lichte des internationalen Umfeldes der Türkei zu sehen. Der syrische Bürgerkrieg hat das Kurdenproblem zu einer regionalen Frage gemacht. In Ankara herrschte offenbar Sorge, die syrischen Kurden könnten die Desintegration des Landes nützen, um eine autonome Region nach dem Muster des Nordirak zu bilden, was den separatistischen Kräften in der Türkei Auftrieb gegeben hätte. Außerdem bestand die Gefahr, dass Assad als Vergeltung für die Position Ankaras im Bürgerkrieg die Terrortätigkeit der PKK stärker anheizen könnte. Eine Verständigung mit dieser schien somit ratsam. Angesichts der Instabilität auch im Irak und potentieller Schwierigkeiten mit dem Iran wollte Erdogan wenigstens dieses größte interne Problem lösen. Öcalans Appell lag also im Interesse Ankaras.

Für die PKK ist die jetzige Lösung inklusive der Reformen zur Stärkung der Rechte der Kurden eine Möglichkeit zur Wahrung des Gesichtes. Kurdenpolitiker in der Türkei hatten in letzter Zeit die Gewaltaktionen kritisiert, welche die wirtschaftliche Entwicklung im Südosten behinderten und Investoren abschreckten.

Mit Erdogan ist in der Türkei ein Politiker an der Macht, der nicht nur über eine Alleinregierung verfügt, sondern auch selbst eine dominierende Stellung einnimmt. So konnte er sich leisten, nach Jahrzehnten des Terrors den Krieg ohne „Sieg über die Kurden“ zu beenden. 2014 finden in der Türkei Präsidentschafts- und Lokalwahlen, 2015 Parlamentswahlen statt. Hält die Regelung des Kurdenkonfliktes, wird dies die starke Stellung der AKP und Erdogans zementieren und die, ohnedies guten, Chancen des Letzteren auf das Amt des Staatschefs weiter erhöhen. Allerdings ist der Ministerpräsident ein großes Risiko eingegangen: Bei einem Fehlschlag und dem Wiederbeginn des Terrors werden weite Kreise in der Türkei ihm hierfür die Verantwortung zuschieben.

Die Kurdenfrage war für die Türkei auch auf außenpolitischer Ebene ein Hindernis, besonders im Hinblick auf EU-Kritik an mangelnden Minderheitenrechten. Eine Lösung wird den internationalen und regionalen Stellenwert Ankaras erhöhen. Auch wirtschaftliche Vorteile sind zu erwarten: Für die interne Sicherheit werden weniger Mittel eingesetzt werden müssen, welche für die Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur verwendet werden können. Für den Transport von Öl und Gas aus dem Irak und dem Iran wird ein potentielles Gefahrenmoment wegfallen. Bodenschätze, wie Gold und Kupfer in der Osttürkei, welche bisher unberührt blieben, könnten bei Sicherheit in den entsprechenden Provinzen abgebaut werden. Es ist ein Detail, doch bezeichnend, dass die Agentur Standard and Poors kürzlich mit Hinweis auf den Lösungsprozess das Rating für die Türkei angehoben hat.

Übertriebener Optimismus ist nicht angebracht, mit Schwierigkeiten und Rückschlägen muss gerechnet werden. Aber wenn der Prozess wirklich Frieden bringt, wäre dies für die Türkei ein enormer Erfolg.

